

Die „Volkswocht“ erscheint täglich Montag und ist durch die Expedition, Neue Welt, 11, durch die Post und durch Fernschreiber zu beziehen. Preis vierteljährlich 3.50, von Wiede 2.00. Postgebühren 20.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützung durch die einflussreiche Presse der Provinz, die für die Verbreitung und den Erfolg der „Volkswocht“ 15. Preis.

Telephon Nr. 1208.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1208.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 140.

Dienstag, den 20. Juni 1905.

16. Jahrgang.

Verkehrte Lohnpolitik.

Seit einiger Zeit beschäftigen sich auch Techniker eingehender mit wirtschaftlichen Fragen. Sie beschränken sich nicht mehr darauf, die Leistung einer neuen Maschine an sich ohne Rücksicht auf den Produktionsprozess zu betrachten, sondern sie bewerten jeden technischen Fortschritt nach seiner Einwirkung auf die Höhe der Herstellungskosten einer Ware. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, den technischen Apparat eines Betriebes so zu gestalten, daß der Betrieb möglichst billig und vollkommen produziert. Sobald sich der Techniker aber mit den Herstellungskosten einer Ware beschäftigt, stößt er auch sofort auf das Lohnproblem. Es ist nun höchst lehrreich, zu bemerken, daß vom Standpunkt der modernen Technik die in den meisten Fabriken übliche Akkordlohnpolitik nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Fabrik selbst als überaus schädlich erkannt wird. Der Ingenieur F. H. West hat in der Deutschen Industriezeitung, dem amtlichen Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller, das Verfehlte der heutigen Akkordlohnpolitik so überzeugend und klar dargelegt, daß es sich lohnt, seine Ausführungen auch den Arbeitern zur Kenntnis zu bringen. Dadurch, daß die Akkordverdienste begrenzt sind oder die Akkordsätze immer wieder gekürzt werden, sobald der Arbeiter über einen gewissen maximalen Stundenverdienst kommt, raubt man dem Arbeiter die Arbeitslust und schädigt seinen Verdienst. Man vermeint aber bisher, durch eine solche Politik wenigstens für den Fabrikanten Vorteile herauszuschlagen. West weist nun nach, daß diese Auffassung falsch ist, daß vielmehr durch eine derartige Politik die Herstellungskosten vermehrt werden, die Erzeugung der Fabrik also teuer zu stehen kommt. An einem Beispiel aus der Praxis zeigt West das Verfehlte dieser bisher üblichen Art von Lohnpolitik. Beim Abdrehen von Gußstücken auf einer großen Wälzdrehbank sei der vereinbarte Akkordbetrag 120 Mk. und der Lohnsatz des Drehers 40 Pfennige die Stunde. Der Dreher macht die Arbeit in 200 Stunden fertig, kommt also auf 80 Pf. Stundenverdienst, d. h. 50 v. H. mehr, als sein Lohnsatz beträgt. Er hätte aber die Arbeit ganz gut in kürzerer Zeit, beispielsweise in 150 Stunden erledigen können und würde dadurch auf 80 Pf. Stundenverdienst gekommen sein. Die Wälzdrehbank, auf der die Arbeit ausgeführt wird, soll 22.000 Mk. gekostet haben. Die jährlichen Kosten für Verzinsung und Amortisation sowie für Platzmiete seien zu 3800 Mark angenommen, d. h. bei 300 Arbeitsstunden im Jahre 1.20 Mk. die Stunde. Wir haben dann folgende Gegenüberstellung:

1. Wenn der Arbeiter die betreffende Arbeit in 200 Stunden erledigt, so kostet sie die Fabrik:

An vereinbartem Akkordpreis	120 Mk.
An Zeitkosten für Werkzeuge 200 x 1.20 =	240
zusammen	360 Mk.

2. Gebraucht der Arbeiter dagegen nur 150 Stunden, so stellen sich die betreffenden Kosten der Fabrik wie folgt:

An vereinbartem Akkordpreis 120 Mk.
An Zeitkosten für Werkzeuge 150 x 1.20 = 180
zusammen 300 Mk.

Aus diesem Beispiel ergibt sich und kann allgemein als richtig ausgesprochen werden, daß eine Fabrik um so billiger arbeitet, je intensiver die Werkstattleistungen ausgenutzt werden. Der vermeintliche Nutzen, den die Arbeitgeber von einer Kürzung der Akkordsätze zu haben glauben, beruht auf einer falschen Art der Selbstkostenberechnung. West gibt ohne weiteres zu, daß man die Arbeiter durch Kürzung der Akkordsätze allmählich wohl auch dazu treiben kann, alles zu leisten, was sie zu leisten im Stande sind. Aber, fährt West fort, darauf kommt es hier nicht an.

„Das, worauf ich besonders hinweisen will, ist, daß die drohende Akkordkürzung den Arbeiter davon abhält, fleißig zu arbeiten. Er hat ja nichts davon.“ Sobald er auf einen höheren Verdienst kommt, wird ihm dieser wieder beschlagnahmt, und dies Bewußtsein des Arbeiters hat zur Folge, daß die Fabrik jahrelang gar nicht zur Klarheit kommt darüber, daß die verschiedenen Akkordarbeiten viel schneller ausgeführt werden können, als es tatsächlich geschieht. Ich greife einen Fall aus der Praxis heraus. Eine Fabrik, deren Verhältnisse ich genau kenne, hat Jahre hindurch für eine bestimmte Akkordarbeit 2.40 Mark das Stück bezahlt; es bestand dort die Vorschrift, daß die Akkordsätze gekürzt werden sollen, sobald der Akkordverdienst den Lohnsatz um mehr als 50 vom Hundert übersteigt. Die Folge war, daß die Arbeiter fast ohne Ausnahme auf einige 40 vom Hundert Akkordüberfluß kamen. Im Laufe der letzten 8 bis 4 Jahre ist nun der angegebene Akkordsatz infolge fallender Absatzpreise abmählich von 2.40 Mark auf 2.20 Mark, 2 Mark, 1.80 Mark, 1.60 Mark und schließlich auf 1.40 Mark gekürzt worden, und ohne Ausnahme sind die Arbeiter diesen Kürzungen dauernd gefolgt, so daß sie trotz der Kürzung ausnahmslos auf 35 bis 40 vom Hundert Akkordüberfluß gekommen sind. Dies Beispiel zeigt klar und unabweisbar, daß die Werkstattleistungen der betreffenden Fabrik Jahre hindurch ungenügend ausgenutzt worden sind, weil fleißige Arbeit mit Akkordkürzung bedroht wurde.“

Die nämliche Fabrik hat sich nun auf Grund einer Anregung des Ingenieurs West vor mehr als Jahresfrist ihren Arbeitern gegenüber verpflichtet, die Akkordsätze zwei Jahre lang nicht zu kürzen. Die Leiter der Fabrik haben seitdem wiederholt West mitgeteilt, daß sie mit den erzielten Ergebnissen in jeder Hinsicht zufrieden sind. West faßt seine Ausführungen in der Forderung zusammen:

„So lange die Arbeitsmethoden und Werkstattleistungen unverändert bleiben, sollen die Akkordsätze im Laufe des Jahres überhaupt nicht gekürzt werden. Alljährlich findet dagegen eine Prüfung der einzelnen Akkordsätze auf Grund der Aufzeichnungen über die erledigten Aufträge des abgelaufenen Jahres statt. Wenn diese Prüfung ergibt, daß der Akkordverdienst den Lohnsatz der betreffenden Arbeiter, nach dem Durchschnitt der im Laufe des Jahres wiederholten Aufträge berechnet, um mehr als 50 vom Hundert übersteigt, so wird der über 50 vom Hundert hinausgehende Teil um die Hälfte gekürzt.“

Bei einer solchen Neuregelung des Akkordwesens empfehle es sich, eine solche Form zu wählen, daß die darin enthaltene Zusage der Fabrik den Arbeitern gegenüber rechtlich bindend wird. Zu einer ähnlichen Verurteilung der heutigen Akkordlohnpolitik, wenn auch unter anderer Begründung, kommt auch der Ingenieur G. J. Erlacher in seinen Briefen eines Betriebsleiters über Organisation technischer Betriebe. Auch er verwirft die heutige Akkordpolitik

als durchaus verkehrt und hält dafür, daß die konkurrenzfähigsten Länder heutzutage nicht diejenigen sind, wo die niedrigsten, sondern diejenigen, wo die höchsten Löhne bezahlt werden. R. C.

Waffenstillstand?

Wichtiger fast als die langsam in Gang kommenden Friedensverhandlungen in Washington sind im Augenblick die Versuche zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Oyama und Linewitsch, denn von ihrer Verzögerung hängt das Ausbrechen einer großen Schlacht ab, die aller Voraussicht nach Rußland noch tiefer bucken würde, als es bisher schon geschah. Deshalb auch die verbängliche Eile, mit der plötzlich der Waffenstillstand herbeigeführt werden soll. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington:

Zwischen den Regierungen in Tokio und Petersburg ist ein Meinungsaustrausch im Gange, der über Washington geführt wird und ein Zusammenreffen des Generals Linewitsch und des Marschalls Oyama im feruen Osten zum Gegenstand hat. Zweck dieser Zusammenkunft soll der Abschluß eines Waffenstillstandes sein, der der Friedenskonferenz in Washington den Weg ebnen soll. Anfänglich dachte man daran, daß ein vorläufiges Protokoll in Washington unterzeichnet werden würde, man glaubt aber jetzt, daß der Abschluß des Waffenstillstandes am besten den beiden Befehlshabern anzuvertrauen wäre. Die Dauer des Waffenstillstandes ist noch nicht bestimmt, doch soll sie verhältnismäßig kurz sein, sobald der Fortgang der Friedensbesprechungen nach Möglichkeit beschleunigt wird.

Ob der Waffenstillstand sofort zu Stande kommen wird, muß abgewartet werden; es wäre von Japan eine große Selbstverleugnung gegenüber Rußland, wenn es angelächelt seiner günstigen strategischen Lage sich sofort zu einem Waffenstillstand bereit finden ließe. Jedenfalls hat Rußland um einen solchen zu bitten.

Die Lage auf dem Kriegsschauplatz

wird in einem Privatbericht aus Petersburg wie folgt geschildert:

Wollten die Bevollmächtigten auf ostasiatischem Boden zusammenkommen, so ließe sich dies gänzlichfalls erst nach 6 bis 7 Wochen bewerkstelligen und bis dahin könnten die Verhältnisse auf dem Kriegsschauplatz eine Wendung erfahren, die die jetzt in Tokio ausgearbeiteten Friedensbedingungen ungültig machen würde. Denn nach den hier eingelaufenen Nachrichten ist eine neue ernste Schlacht zwischen Oyamas und den russischen Truppen schon für die aller nächste Zeit mehr als wahrscheinlich geworden, und nicht minder wahrscheinlich ist es, daß die japanischen Chancen in einer neuen Hauptschlacht die bei weitem günstigeren sein dürften. Es liegt demnach allerdings im Interesse Japans, den Zeitpunkt für die Zusammenkunft der beiderseitigen Friedensboten möglichst weit hinauszuschieben, denn die Regierung des Mikado könnte, sagen wir, nach 1 1/2-2 Monaten, in der Lage sein, nach einem weiteren und so ziemlich vorauszufehenden Siege Oyamas den Russen gegenüber ganz andere, d. h. viel weitergehende, Friedensforderungen aufzustellen. Aber genau aus dem gleichem Grunde wird man es der russischen Regierung nicht verübeln können, wenn

Fusi.

Eine Hofgeschichte von Friedrich Spielhagen.

40) (Nachdruck verboten.)
Er hatte es laut gerufen und blinnte, vom Ton der eigenen Stimme erschreckt, schen um sich her. Was ihn da aus dem Spiegel über dem Kamin anstarrte — der Mensch mit dem verwilderten Bart, den eingefallenen Wangen, den graffen, glohenden Augen — war er das? War's eins der Gespenster? Oder wenn sie sich zusammensetzten, haben sie so aus? Wie ein Tollhändler, den man in die Zwangsjacke stecken muß? „Sonn' läuft er hin und schlägt einen Menschen tot wie einen toten Hund!“
Ein eisalter Schauer rieselte ihm den Rücken hinab, daß seine Glieder sich schüttelten. Er trat an den Frühstückstisch. Seit gestern Mittag hatte er so gut wie nichts genossen. Er versuchte ein paar Wässer zu essen; sie wirkten ihm in der Kehle. Neben der „Affenkane stand eine Flasche Kognak. Er schenkte sich ein großes Glas voll und trank es auf einen Zug aus. Das tat ihm gut; der schüttelnde Frost war weg, in dem verwüsteten Kopfe wurde es wieder klar.
Er trat an das Balkonfenster. Die Dämmerung war angebrochen — spät für diese Jahreszeit. Aber am Himmel wälzten sich nach Osten zu dicke, schwärzliche graue Wolken so tief, daß sie die beschneiten Wipfel der Bäume in dem Bergwald drüben zu streifen schienen. Der Bach, der am Gange, jenseits des Parkgeländes ialdwärts lief, brauste klar. Wenn jetzt, wie es schien, Tagewetter eintrat, mochte es seinen Wiesen weiter unten schlamm ergeben. Was konnten ihm seine Wiesen jetzt noch sein? sein Wald drüben? dies sein Haus? Bevor drei Stunden vergingen, war er ein toter Mann.
An dem andern Toten.
Er wandte sich wieder ins Zimmer.
Da, an dem Tage von Babys Taufe hatte sie gesehen, als die Gesellschaft fort und sie allein waren. Sie hatten von dem Herzog gesprochen, und sie hatte gefragt, ob er nie daran gedacht, daß sie sich in ihn verlieben könne? So zischen die Schlangen doch, bevor sie sterben? Oder war damals schon die Duldhaftigkeit in vollem Gange gewesen?
Sehr wahrscheinlich!
Er nahm eine von den beiden Lampen auf dem Frühstückstisch und ging durch den zweiten Salon, die eiserne Wendeltreppe hinauf in sein Arbeitszimmer, wo sein Gewehrschrank stand. Gut, daß er diesmal alles hier gelassen hatte! Freilich, er tat es auch sonst, da die hauptsächlichsten herzoglichen Jagden, die seiner Nachbarn, seine eigene, alle nach dieser Seite lagen, und er so, selbst von der Stadt aus, fast immer über Nacht mußte. Dennoch lag er darin ein

Reichen: es sollte eben sein: Hier hing, was not tat. Er hatte die Wahl.

Während er in den Waffen herumkamte, bald die Feschaurenbüchse in die Hand nahm und aufklappte, jetzt das Zentralfeuergewehr und den Mechanismus prüfte, kam ihm ein plötzlicher Gedanke, der ihn regungslos machte:

Er hatte sich den Kopf darüber zerbrochen, wie er es anfangen könne, aus dem Leben zu gehen, ohne daß jemand fragen durfte: er hat es gewollt! Er glaube, das ganze Register der Todesarten erschöpfst zu haben — an diese, die doch so nahe zu liegen schien, hatte er nicht gedacht. Wohl, weil er während der Zeit nicht vor einem Gewehrschrank gestanden und die Gewehre untersucht, ob alles an ihnen in Ordnung, ob sie vorchristlich geputzt, ob noch eine Patrone von der letzten Jagd her im Rohr? Da ist man denn mit dem Heug ein höchst unvorsichtige ungewagten, bei schlechter Beleuchtung, nach einer Nacht in der Eisenbahn, von der es einem im Kopf wühlte war was die Finger klamm und ungeschickt — na, und dabei hatte man den Schuß in die Brust gekriegt — oder in den Kopf? — nein! Brust ist besser. In den Kopf trifft man sich nicht so leicht, daß es sofort tödlich ist. Und sich noch ein paar Tage herumquälten mit zerschmetterten Kinnbäden, das ist die Geschichte nicht wert.
Ist sie's überhaupt wert, daß einer sich deshalb das Leben nimmt, nachdem er vorher einen anderen toteschlagen? Was ist es denn? Ein ehelicher dummes Kerl hat in seiner Bludheit eine Diener geheiratet. Ein guter Freund, der gar nicht dumm und blind ist, kommt natürlich bald dahinter und führt ihm dann den praktischen Beweis ihrer wirklichen Dualität. Alles in allem ein Freundschaftsdienst, zu dem man sich freilich nicht gern bekennt und lieber tut, als sie er von einem anderen ausgehen. So was begreift sich. Und für den Skandal, den solche Affären immer aufwachen, und die Blamage, die dabei für den dummen Kerl von Ehegatten abfällt — das ist kann der Freund doch nicht; das ließ sich doch gar nicht vermeiden. Also reichen wir uns die Hände und — sojans nicht!
Nieder mit dem Teufel Wälder! trinken!
Er hatte starr dagestanden, auf die Zentralfeuerbüchse in seiner Hand stierend. Die hing er wieder in den Schrank und nahm den Feschaureur. Er schloß nicht ganz so weit und sicher wie das andere Gewehr; aber lag ihm bequemer, und auf den Rußin, die größte Sündzahl zur Strecke geliefert zu geben, wollte er heute ja wohl verzichten.
Ein schwerer Schritt polierte die Treppe hinauf; es war der Verwalter. Er hatte den Herrn Baron nicht mehr unten gefunden und wollte sehen, ob er ihm hier oben helfen könne.
„Ich nehme nur den Feschaureur, Dammannt. Wenn Sie nach der Meinung da in der Ledertasche sehen wollen?“
„Alles ist in bester Ordnung. Aber der Herr Baron werden sich doch nicht mit dem Firschtlinger schleppen?“

„Der Herzog trägt auf diesen Jagden immer einen und ist sehr ungnädig, wenn man den Scherz nicht wittmacht.“

„Na denn! Der Fall, daß ein Schwein oder melmetwegen auch ein Firsch den Jäger annimmt, kann doch wohl gar nicht dabei vorkommen?“

„Warum nicht?“

„Na, bei den Kangeln, von denen die Herren herunterschließen!“
„Man bleibt nicht immer auf den Kangeln.“
„Der Herr Baron müssen das freilich besser wissen. Und was ich noch sagen wollte: der Herr Baron sah're dieicht doch schon um acht. Die Wege sind miserabel und vor Schneeverwehungen ist man auch nicht sicher.“

Neunzehntes Kapitel.

Der Verwalter hatte recht gehabt: die Wege waren jämmerlich; in den Schluchten, die passiert werden mußten, lag der Schnee an einigen Stellen mehrere Fuß hoch. Seine beiden besten Akterperde, die Herr Baumann hatte einsparen lassen — die Rutschperde waren bei der Frau Baronin in der Stadt — mußten ihre ganze Kraft hergeben, den leichten Jagdwagen durch die schwierigen Passagen zu bringen. Mehr als einmal waren Knecht und Herr herabgeglitten und hatten die Schultern an die Räder gestemmt. Etwas besser ging es in dem verhältnismäßig ebenen Terrain, das man nach Durchquerung der Waldhügelliste erreichte, nur daß sich hier der Wind entgegenschlug, der im Walde durch das laute Gerausch der Ästen und die Wipfel der Tannen gelaßt war. Und trotz aller Anstrengungen war man nach zwanzig Minuten von dem Kendeboos am Radaer Loch, als Holts ihr auf neun wies.

Der Herzog war von einer andern Seite kommend, fünf Minuten nach neun erschienen und hatte den Oberförster, die Förster, die Biqueure mit der Meute und die drei beschlenen Herren: Mitmeister von Gelnsdorf, Kabinetsrat von Ziele, Kammerjunker von Röllach zur Stelle gefunden. Er sah, ganz gegen seine Gewohnheit, wenn es zur Jagd ging, sehr ernst aus. Auf des Kabinetsrats Frage nach dem Befinden von Dohlet, der Frau Herzogin, erwiderte er: „Es geht heute leider gar nicht gut. Seit gestern Abend hat sich ein Fieber eingestellt, das heute Morgen noch neununddreißig Grad hatte. Vogelein sagt: es hat nichts zu bedeuten; aber wer kann sich denn auf die Herren Ärzte verlassen! Ich stand schon im Begriff, die Jagd abzugeben und hätte es getan, wäre es nicht um Baron Dackla, der auch kommen wird, und den ich nötwendig zu sprechen habe.“
Er hatte sich zum Oberförster gewandt, der seinen Rapport abstattierte. Die drei Herren blickten einander verwundert an. Kein Mensch hatte von des Barons Rückkehr gehört.

(Fortsetzung folgt)

ne darauf besteht, daß die genannte Zusammenkunft in Europa, und somit in nächster Zeit, stattfinden. Das ein gewisser und nicht gerade der feierliche Teil der russischen Presse in dem allerletzten Tagen wieder etwas gerüstet worden und dramatisierend in ihren Ausführungen geworden ist, wird man nicht allzu ernst nehmen dürfen.

Auch der Korrespondent der „Rufst“ meldet aus Gumbukung vom 18. Juni: Gegenüber den Positionen unseres linken Flügels haben die Japaner nach mehrfachen Attacken Paßkylin eingenommen. Täglich wird die Offensive der japanischen Armee erwartet.

Linewitsch eingeschlossen?

Aus Tokio meldet ein Telegramm: Die Japaner gingen in einem 100 englische Meilen messenden Kreise um Linewitsch herum und haben ihn völlig umzingelt. Sie rüden jetzt von allen Seiten gegen ihn vor, und wenn sie ihren Kreis eng genug gezogen haben, dürfte Linewitsch die größte Landeschlacht verloren haben, die bisher im ganzen Kriege geschlagen worden ist.

Inzwischen meldet Linewitsch täglich entzückt den Sieg in kleinen Vorkampfsgefechten.

England hält zu Japan.

Aus Washington meldet Reuters Bureau: Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich der japanischen Regierung die Einhaltung hinsichtlich der Friedensbedingungen anraten. England hingegen, obwohl es die Herbeiführung des Friedens wünscht, es abgelehnt habe, sich dieser Erwünschung anzuschließen. Es halte dafür, daß Japan, Englands diplomatischer Verbündeter, im fernem Osten den Krieg ohne Hilfe gewonnen habe und daher nicht durch Vorschläge Englands bei der Verhandlung des von ihm besiegten Feindes gehindert werden dürfte.

Wenn die Engländer zu ihren Verbündeten halten, dann ist den Japanern die Frucht ihres Sieges sicher.

Kleine Nachrichten.

Ueber den Anteil Kaiser Wilhelms an der Friedensvermittlung wissen die „Grenzboten“ zu melden: Kaiser Wilhelm hat es für seine freundschaftliche und menschliche Pflicht erachtet, dem Kaiser Nikolaus in einem längeren eigenhändigen Schreiben die Erwägung nahezu legen, ob seine Generale, außer der Bereitschaft der russischen Soldaten, für ihn zu sterben, ihm auch den Sieg zu verbürgen vermöchten. Sei das nicht der Fall, so werde Kaiser Nikolaus bei Prüfung der innerlichen Aufgaben Russlands doch vielleicht annehmen, ob eine Fortsetzung des Krieges die weitaus großen Menschenopfer wert sei. Fern davon, dem befreundeten Kaiser einen Rat aufzubringen, der nur bei voller Kenntnis der politischen und der militärischen Verhältnisse möglich wäre, biete Kaiser Wilhelm keine freundschaftlichen Dienste für den Fall an, daß Kaiser Nikolaus den Augenblick für gekommen erachten sollte, davon Gebrauch zu machen.

Explosion eines Torpedoboots. Einer Drahtmeldung aus Tokio zufolge wurden 35 Koreaner, die sich mit einem an dem Strand gestülten Torpedoboots zu schafeln machten, durch die Explosion desselben getötet. Alle wurden buchstäblich in Stücke zerfetzt.

Dort muß es gemütlich zu gehen. Petersburger Wälder perzeichnen folgende Mitteilung vom Kriegsministerium: Durch einen Laubschnee wird den Warmbergigen Schwestern das Reiten ohne besondere Veranlassung sowie das eigenmächtige Verlassen der Hospitaller verboten!

Er hat Angst.

Der Zar lehnt die Entgegennahme der Moskauer Semlwa-Adresse ab. Der Empfang der Semlwa-Vertreter unter Führung des Grafen Seyden durch den Zaren dürfte als gescheitert zu betrachten sein. Der Zar kennt den Inhalt der zu überreichenden Adresse schon genau und äußerte sich dahin, einige der Deputierten vollkommen privatim empfangen zu wollen. Die offizielle Ueberreichung der Adresse dürfte somit nicht zu Stande kommen.

Jüdischer Protest.

In der Petersburger Synagoge fand eine Versammlung der jüdischen Gemeinde statt, an der Anziken, Journalisten, Ärzte, Bankiers, Kaufleute und Handwerker teilnahmen. Den Vorsitz führte Baron Horaz Sinshurg. Nach lebhafter Einbringung wurde eine Erklärung gefaßt, in der die jüdische Gemeinde Einspruch erhebt gegen die Absicht der Regierung, die 6 Millionen Unteranen mosaischen Glaubens von der Teilnahme an der Volksvertretung auszuschließen. Diese Maßregel werde die revolutionäre Bewegung zu neuen Flammen emporlodern lassen. Von den Massen aller Schichten wird erwartet, daß sie für die gerechte Sache einträten. Die Erklärung wurde dem Ministerialrat überhändelt.

Kalajeff und die Großfürstin Elisabeth.

Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß die Frau des westlichen Großfürsten Sergius den „Mörder“ ihres Gatten im Gefängnis angetroffen hatte, wurde das vielfach nicht geglaubt. Jetzt veröffentlicht nun die „Tribune Russe“ einen Brief Kalajeffs an die Großfürstin, aus dem hervorgeht, daß dieser Besuch tatsächlich stattgefunden hat.

Politische Uebersicht.

Größe Gedanken. Im Anschluß an das ungünstige Wahlergebnis in Samaria-Springe führt der „Volksbote“ in Estlin folgendes an:

Seit dem Dresdener Parteitag hat keine Reichstagswahl stattgefunden, bei welcher die Sozialdemokratie nicht eine Einbuße an Stimmen zu verzeichnen hätte. Selbst diejenigen Wahlkreise, in denen keine Aufnahme, wo es der Sozialdemokratie gelang, den Sieg zu erringen. Auch hier hat unsere Partei eine wesentliche Einbuße an Stimmen zu verzeichnen. Gerade jetzt macht eine Statistik die Kunde durch die bürgerliche Presse, welche recht augenfällig den Rückgang sozialdemokratischer Stimmen veranschaulicht. Wir lassen dieselbe hier folgen:

Wahlkreis	Anzahl	Prozent
Altdorfer-Bezirk	3460	25,4
Auerbach-Bezirk	3334	17,4
Rittweis-Bezirk	5231	16,7
Musburg-Bezirk	1651	29,7
Strasburg-Bezirk	1613	52,2
Elz-Bezirk	1493	100,0
Samaria-Springe	1486	14,9
Osnabrück-Bezirk	1441	22,6
Kranfur a. d. Leber	1410	11,0
Friedow I und II	1331	16,4
Altburg-Schwarz	1268	6,7
Kalt-Bezirk	1235	6,2
Schwab-Bezirk	648	10,0
Schlitz-Bezirk	419	100,0
Kaltberg-Bezirk	256	42,1
Soltau-Bezirk	349	3,3
Sachsenburg-Bezirk	270	100,0
Sachsenburg-Bezirk	113	5,1
König-Zettel	72	44,4
Edlmann-Bezirk	28	100,0

Im ganzen hat die Sozialdemokratie also seit den Dresdener Tagen einen Verlust von 24.800 Stimmen oder von durchschnittlich 13,4 Prozent zu verzeichnen. Und noch immer machen sich die Nachwirkungen jener besorgniserregenden Vorgänge fühlbar. Auch bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreis Samaria-Springe hat man den Dresdener Parteitag und die Auslassungen der Leipziger Volkszeitung gegen eine Reihe hervorragender Parteigenossen wieder ausgenutzt und zwar mit dem Erfolg, daß die Sozialdemokratie gegen 1908 rund 1500 Stimmen verlor, während die Gegner 600 Stimmen gewannen.

Diese Vorgänge mahnen eindringlich zur Umkehr. Die begangenen Fehler sind zwar nicht mehr gut zu machen, aber für die Zukunft sollte die Partei mehr auf sorgfältigste Arbeit verweisen, was unseren Gegnern Material zu Angriffen gegen unsere Partei geben könnte. Glücklicherweise ist die Wendung zum Guten schon seit langem zu konstatieren. Die große Mehrheit unserer Parteigenossen erörtern die wichtigsten Streitfragen in so vornehmer und sachlicher Weise, daß die Gegner daraus schlechterdings kein Material für ihre hinterlistigen Zwecke sammeln können. Es ist daher auch zu hoffen, daß die Partei bei der nächsten Wahl die Nachwirkungen der unterquidlichen Dresdener Wirren überwinden und ihre frühere Siegesicherheit wieder zurückverlangen wird.

Velber merken wir von der Besserung nicht sehr viel, die Sonntagsnummer der „Leipziger Volkszeitung“ hat gleichzeitig wieder zwei Polemiken, in einer wird Genosse Leimpeker, in der andern der „Vorwärts“ angerempelt.

Daß der Drehschraff Bäcker geisteskrank sei,

ist bekanntlich von einem Berliner Gericht geurteilt worden. Anders denken aber selbst heute, die im übrigen mit der politischen Richtung, die Graf Bäcker vertritt, ziemlich stark sympathisieren. So lesen wir in dem christlich-sozialen „Reich“:

Wie krank Graf Bäcker ist, mag man aus seinem neuesten Flugblatte ersehen, das übrigens zu unserer Freude nicht mehr der feierliche Dunder annimmt. Das Flugblatt, das in den Arbeiterkreisen Berlins stark vertriebt wird, enthält folgende Sätze:

„Auf, Ihr Anarchisten von Berlin, auf, Ihr seid uns lieber als die verfluchten Bürger der Provinz und ersten Kampfe gegen das scheußliche Judentum. Ihr dürft eure Bomben nicht mehr werfen auf die erlauchten Säulen der Provinz, denn das ist eine Gemeinheit, sondern Ihr müßt eure Waffen wenden gegen die Rausch- und Abzockungsjuden, gegen die Bucher und Bauer aller Art, gegen diese Vampire der menschlichen Gesellschaft.“

„Auf, Ihr Penn- und Rabatbrüder, Ihr Einbrecher und Spitzhörer von Berlin, auch für Euch ist die Stunde zum Handeln gekommen, wo es möglich ist, Euch Geld und Schätze zu erwerben, und zwar in gewaltigen Massen. Hurra! heute gehen wir zum roten Manasse, und morgen zum roten Jüder, und übermorgen zum Haalkohn, das sei eure Lösung und eure Parole, wir wollen es wagen, rabitale und schneidige Antisemitismen zu werden, die hiesigen Vorkämpfer etwas zu erleichtern von ihrem zusammengekauften und zusammengekauften Geld.“

Das „Reich“ fragt im Anschluß hieran: „Ist es denn nicht möglich, daß der in Berlin wohnende Bruder des Grafen die Entmündigung dieses Unglücksfellen herbeiführt, an dessen Irrenn nach solchen Leistungen niemand mehr zweifeln kann!“

Der Herzog ist erklährt. Mit dem Verlauf des evangelisch-sozialen Kongresses in Hannover, dessen Verhandlungen unsere Leser in der Sonnabendnummer der „Volkszeitung“ mitlesen können, ist die amtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sehr unzufrieden.

Sie findet „es in hohem Grade bedenklich, wenn über politische Tagesfragen aus allgemein religiösen oder religiösen Grundgedanken vom philosophischen Rathgeber in so rascher Weise abgeurteilt wird, wie dies in Hannover mehrfach geschehen ist. Solches Vorgehen wirkt naturgemäß verstimmend auf diejenigen politischen Richtungen, gegen die in dieser Weise im Namen einer kirchlichen oder wissenschaftlichen Doktrin Partei ergriffen wird. Das Christentum ist sicherlich bestimmt, das einigende und verbindende Moment unter den verschiedenen Klassen und Ständen zu bilden, diese Rolle müßte es aber einbüßen, wenn man es, wie es in Hannover nach der überwiegenden Tendenz der Fall war, zum Parteigänger einseitiger Klassenbestrebungen oder gar der Sozialdemokratie machen will. Die Verquickung von Religion und Politik, die in der nun glücklich überlandeten Nationalismus“ so wenig ermutigende Blüten trieb, bilde auch das bezeichnete Ver-mal des jüngsten Kongresses der Evangelisch-Sozialen. Sachlich charakterisiert sich die auf dem Kongress vorwiegend empirische Parteilichkeit durch einen geradezu unbegreiflichen Optimismus bezüglich der Sozialdemokratie und einen nicht minder bedauerlichen Pessimismus betreffend unsere heutige Sozialpolitik, der in einer Zeit doppelt unangebracht erscheint, in der das Arbeitgeber-Konfliktgesetz unter Tisch und nach gebracht werden soll und sich durch die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung übernommene Belastung des Reiches und der Industrie als eine so ungezählt schwere erweist.“

Insondere hat dem Blatt das Referat des Professor Dr. Siebeck in Marburg über die Bedeutung der Arbeiterorganisationen mißfallen, weil darin ein den Sozialdemokraten so freundlicher Ton geherrschet hat. Die Wahrheit wird sich aber trotzdem Bahn brechen.

Verbesserungen im Strafvollzug! Die unwürdige Stellung der Kerle, die ihnen in den Gefängnissen durch die heilige Strafvollzugspraxis eingeräumt ist, ist durch die im „Vorwärts“ veröffentlichten Aalenstunde sowohl, als durch die Verhandlungen des Flögenseprojesses mit besonderer Schärfe hervorgehoben. Es scheint, daß die Feststellungen der letzten Zeit nicht ohne erfreulichen Eindruck geblieben sind.

Wie der „Vorwärts“ nämlich erfährt, sind an die Gefängniswärter Zirkulare ergangen, in denen sie befragt werden, welche Verbesserungen sie für Lazarett und sonstige ärztliche Verhältnisse für erwünscht halten. Wir erinnern, daß schon im Juli vorigen Jahres eine Verordnung des Justizministers ergangen ist, durch welche einige der Mängel, die durch unsere Aalen-Mitteilungen offenbar gemacht worden waren, eingeschränkt werden sollten. Wir hoffen, daß die Kerle von der an sie gerichteten Anfrage einen für ihre Stellung und für die Behandlung der Kranken in den Gefängnissen ersprießlichen Gebrauch machen und daß die Verwaltung die notwendigen Konsequenzen zieht.

Wie man sieht, gibt es doch eine Verantwortlichkeit!

Die Verfassungs-Revision in Württemberg.

Der Motivbericht zur Verfassungsreform läßt keinen Zweifel daran, daß der Entwurf nicht von der Absicht der Demokratisierung der Verfassung, sondern, wie es in den Motiven wörtlich heißt, von der Sorge um die Wahrung der berechtigten konservativen Interessen diktiert wurde.

Die Motive verweisen darauf, daß die Erste Kammer im Herbst begriffen sei. Von 55 Mitgliedern bei ihrer Schaffung ist die Zahl heute auf 28 herabgesunken und allein seit 1897 sind drei auf Gesetzgebung berufene Geschlechter ausgestorben. „Je mehr nun“, so heißt es weiter, „den breiten Volksmassen die Möglichkeit gegeben wird, bei den Wahlen ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, desto wichtiger ist es, daß das maßgebende Element der Ersten Kammer einen lebendigen Körper bildet.“

Die liberale württembergische Presse äußert sich durchaus günstig über den Entwurf, abgesehen von kleinen Ausstellungen. Am begeistertsten sind natürlich die National-liberalen, während der volksparteiliche „Beobachter“ sich noch verstimmt zeigt. Scharfe Kampfstellung gegen den Entwurf nimmt nur die „Schwäbische Tagwacht“ ein, die den liberalen Parteien die Schuld gibt, daß die Vorlage eine solche Gestalt erhalten hat.

Das Zentrumsblatt schweigelt. Herr Gröber will seine Karten nicht vorzeitig aufdecken. Ebenso schweigelt das Zentrumsblatt über den peinlichen Ausfall der Landtags-Erfahrung in Wangen, einem durchweg sicheren Zentrumsbezirk, wo der offizielle Kandidat des Zentrums gegen einen liberalen Kandidaten, der ebenfalls auf das Programm des Zentrums gestellt wurde, durchgefallen ist. Dafür höhnt Herr Gröbers Organ weiblich über den liberalen Zusammenbruch in Sölingen.

Ein neues Meisterstücklein in der Ausweitung

armer Frauen hat die Braunschweiger Polizei-Verwaltung vollbracht, das als das stärkste aller bisher von ihr geleisteten betrachtet werden muß. Das Armenbudget der Stadt Braunschweig wird von der Polizeiverwaltung dadurch zu entlasten gesucht, daß die Frauen, die Armenunterstützung beanspruchen, wenn es irgend geht, einfach ausgewiesen werden. Der neueste Fall, der hier noch einiges Aufsehen machen wird, ist folgender:

Eine arme Witwe, deren Mann vor einigen Jahren gestorben ist, ernährte sich, so gut es ging durch Beschäftigung in einer Spinneret. Die Löhne in den Spinnereten sind bekanntlich die erbärmlichsten, die gezahlt werden. Die Frau geriet nun in Not und mußte die Armenverwaltung um Auskunft nehmen. Das war für die Polizeiverwaltung Grund genug, ihr am Montag Vormittag gegen 8 Uhr den Ausweisungsbefehl in der Fabrik zuzustellen, und zwar mit der Aufforderung, bis um 9 Uhr, also eine Stunde später, die Stadt zu verlassen. Seit etwa 15 Jahren arbeitet die Frau in Braunschweig und hat sich während dieser Zeit nie etwas zu schulden kommen lassen. Wie es ihr in einer Stunde möglich sein soll, ihre Angelegenheiten zu regeln, ist jedenfalls ein Geheimnis der Braunschweiger Polizeiverwaltung. Dieser unerhörte Vorgang muß jedenfalls noch Gelegenheit zu Auseinandersetzungen im dortigen Stadtverordneten-Kollegium geben.

Sozialgesetzgebung und Armenwesen.

Ueber die Erfolge der sozialen Gesetzgebung im Lichte der Armenunterstützungen lesen wir in der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“:

Der Armenetat der Stadt Berlin ist nach Mitteilungen, die vor kurzem durch die Presse gingen, in 5 Jahren von 13 1/2 Millionen auf 16 Millionen Mark angewachsen. Dieses schnelle Anwachsen der Ausgaben für Armen-Unterstützungen beweist mehr als alles andere, wie wenig die Hoffnungen, die man seiner Zeit auf die Wirkung der sozialen Gesetzgebung setzte, sich erfüllt haben. Mit aller Bestimmtheit erwartete man nach Inkrafttreten der Arbeiter-Versicherungs-Gesetze eine ganz wesentliche Verminderung der kommunalen Ausgaben für Armen-Unterstützungen. Seit bald zwanzig Jahren beziehen nun unsere Arbeiter im gegebenen Notfalle die Kranken-Unterstützungen, Unfall- und Invalidenrenten. Die hier in Frage stehenden geschlichen Beiträge haben eine von Jahr zu Jahr steigende Höhe erreicht, die Bedrückung hervorrufen muß, die wesentlich unsere schlechte Reichsfinanzlage verurteilt und trotzdem keine Verminderung der Armenlasten, vielmehr eine fortgesetzte Steigerung des Armenetats!

Bisher ist immer bestritten worden, daß bei der Schaffung der sozialpolitischen Gesetze ein Zusammenhang mit dem Armenwesen gedacht worden sei und daß man insbesondere von den Arbeiter-Versicherungs-Gesetzen eine Minderung der Ausgaben für Armenunterstützungen erwartet habe. Hier wird das fortwährend bestrittene gewissermaßen als Prinzip der Arbeiter-Versicherung hingestellt. Dies Zugeständnis wollen wir uns gut anmerken! Die Klage der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ läuft gleichsam darauf hinaus, daß die Arbeiterversicherung ihren Zweck verfehlt habe, weil trotz dieser Versicherung die Ausgaben für das Armenwesen gestiegen sind. Der Gedanke ist dem Verfasser des geistreichen Produktes natürlich nicht gekommen, um wie viel mehr die Armenlasten gestiegen sein müßten, wenn durch die Arbeiterversicherung die Armenetats nicht ganz bedeutend entlastet worden wären.

Die Konkurrenzarbeit beginnt!

Eine öffentliche Rechts-anstaltsstelle für jedermann ist in Leipzig von einer Anzahl nicht-sozialdemokratischer Vereinigungen errichtet worden im Gegensatz zum sozialdemokratischen Arbeitersekretariat, das Anstaltsstellen nur an organisierte Arbeiter erteilt. — Der „unproduktiven“ Arbeit der Sozialdemokratie haben die Neumakelweisen aus dem bürgerlichen Lager auch diese Einrichtung abgeekelt.

Eine neue Niederlage in Südwestafrika?

Das „Vorwärts“ brachte aus Kapstadt die Nachricht, daß die Gontottens Warmbad eingenommen hätten. In den Berliner amtlichen Stellen ist über einen solchen Vorgang nichts bekannt.

„Sand- und Spandienste“ gegenüber Rußland

leitet wieder einmal die deutsche Regierung, indem sie, einem Ansuchen der russischen Regierung folgend, im Ministerialblatt für Medizinal-Angelegenheiten ein Ausschreiben Rußlands den deutschen Ärzten zur Kenntnis bringt, in dem zum Eintritt in russische Dienste aufgefordert wird. Wegen der Übernahme von Professorenstellen an russischen Universitäten hat die russische Regierung gleichfalls Einladungen zur Übernahme von Professuren in Rußland an verschiedene deutsche Professoren gerichtet. Die Berliner Professoren haben nun bereits hiergegen Stellung genommen und das Gesuchen einstimmig abgelehnt. Verloren mag ja auch die Aussicht auf eine derartige Anstellung nicht sein, denn das Rußland- und Unterdrückungssystem hat eben zu so zahlreichen Niederlegungen der Tätigkeit deutscher Professoren geführt, daß auch wohl den ausländischen die Lust zu einem Verzicht der Lehrtätigkeit vertragen dürfte.

In der Verkehrswelt war im Jahre 1904 der Konkurrenzkampf womöglich noch schärfer als früher. Die umhüllenden Preisverhältnisse führten in erheblichem Maße dazu, die Produktionskostenmethoden zum Zweck der Preisermäßigung der Produktionskosten gänzlich umzugestalten. Man lernte einerseits den einen Komponenten der Fette, das Glycerin, in reiner Qualität abschleiben, andererseits aber auch den anderen dabei erhaltenen Bestandteil, die Fettsäure, statt mit Negatron mit dem billigeren kohlenwasserstoffreichen Negatron zu versetzen. Die Fabrikanten nun, die Fettspaltung und Kohlenwasserstoffverfeinerung in ihren Betrieben einführen, waren in der Lage, ihre Fabrikate zu Preisen anzubieten, die für andere Betriebe geradezu verunsichernd waren. Die Fettspaltung ging in den Großhandel um etwa 2 Mk. pro Zentner zurück. Eine allgemeine Verbreitung der Fettspaltung in der Seifenindustrie wird einstweilen noch durch die hohen Anschaffungskosten und die überaus rasche Abnutzung der zu dem neuen Verfahren nötigen Apparate gehemmt.

Für Annahme der Vergleichen vorlage durch das Herrschaftsamt plädiert die „Deutsche Tageszeitung“. Sie redet der ersten Kammer gut zu, ihre Lehren zurückzuführen und den Vorlagen in der Gestalt, die sie im Abgeordnetenhaus erhalten haben, zuzustimmen. Das Wählerblatt wird zu dieser Stellungnahme nicht etwa durch Wohlwollen für die Arbeiter veranlaßt, sondern im Gegenteil, daß der Reichstag, an den die Sache kommen werde, wenn das preussische Herrschaftsamt seine Mitarbeit versagen sollte, dem Gesetz eine nach Ansicht der Konservativen zu arbeiterfreundliche Fassung geben würde.

Eingestelltes Strafverfahren. Wegen Veröffentlichung eines geheimen Erlasses des Staatssekretärs des Reichsministeriums war gegen den Vorwärts-Redakteur Leib ein Verfahren eingeleitet worden. Selbst eine Belohnung von 8000 Mark, die auf die Entdeckung des „ungetreuen“ Beamten ausgesetzt war, hat keinen Erfolg gebracht.

Ausland.

Die Wahlen in Ostpreußen wird der „Frankf. Sig.“ aus Anstehen geschrieben:

Die Wahlen haben die erwartete Schwächung der Regierungsmehrheit, aber auch die bereits angekündigte Unsicherheit der Lage gebracht. Während bei den letzten Wahlen im Jahre 1901 die vereinigten Katholiken und Antirevolutionären (Calvinisten) beim ersten Wahlgang gleich 51 Mitglieder in die Kammer schickten, beträgt heute die Zahl der gewählten Katholiken 24 und der Antirevolutionären 20. Die Linke hat 16 Kandidaten durchgebracht. Bis jetzt bestand die antirevolutionär-katholische Mehrheit aus 68 Mitgliedern. Hier von unterlagen zwei gegen den früheren liberalen Minister Bierow und gegen den liberalen Amsterdamer Schöffen Gerritsen. Weiter dürften drei Siege in Anstehen bei den nötig werdenden 38 Stichwahlen für die jetzige reaktionäre Regierungsmehrheit verloren gehen, außerdem noch je ein Sieg im Saag, in Einziggen, Jerritzgen und Kampen. Die Antirevolutionäre dürften bei den in zehn Tagen stattfindenden Stichwahlen kaum einen der bis jetzt behaupteten Siege verlieren, vorausgesetzt, daß die Liberalen, wie in Einziggen, für den Sozialisten Kol und nicht für den Katholiken Engels stimmen. Die Sozialdemokraten werden in vielen Orten den Ausschlag geben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der jetzige Ministerverband 50 Mitglieder in die Kammer sendet, genau so viel wie die verbliebene Linke. Als Ministerpräsident wäre dann am nächsten Tage ein stark konservativ angehauchtes liberales Ministerium, etwa van Houten-Roell, hätte dann einige Aussicht, zu stande zu kommen. Die Wahlkampagne war ungewöhnlich scharf, in der Stadt jedoch ruhig. Vor dem „Handelsklub“ standen heute Zehntausende von Menschen, die mit Pfeifen oder Jubel die angeschlagenen Wahlergebnisse begrüßten.

Man glaubt, daß die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen neue Siege verlieren wird. Überall haben wir bedeutenden Stimmengewinn zu verzeichnen.

Lokales und Provinziales.

Breslau, 19. Juni 1905.

Die städtischen Laternenwärter

beschäftigten sich in einer Sitzung mit der Frage einer Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. Die Wärter der Gaslaternen erhalten einen Lohn von 18.80 Mk. pro Woche, der sich gleich bleibt, sei der Arbeiter auch noch so lange im Dienst der Stadt tätig. Außerdem erhalten dieselben ein Putzgeld von zehn Pfennigen pro Monat für jede Laterne. Als Durchschnitt ist angenommen, daß jeder Wärter 60 Laternen in seinem Reviere hat. In Wirklichkeit haben aber manche Wärter bis zu 80 Laternen zu bedienen und andere hingegen nur 50. Von diesem Lohne werden 65 Pf. für Versicherungsbeiträge in Abzug gebracht.

Die Wärter der Petroleum- und Spirituslaternen stehen sich eher noch ungünstiger. Das Anbrennen dieser Laternen, sowie das Reinigen ist eine sehr umständliche und zeitraubende Beschäftigung. Die Reviere sind auch viel ungünstiger verteilt, als die der erst erwähnten Arbeiter. Es kommen hier auf den einzelnen Mann bis zu 30 Laternen, während andere wieder nur 18 zu bedienen haben. Diese Arbeiter erhalten in der ersten Lohnklasse 15.80 Mk. pro Woche und 14.70 Mk. in der zweiten.

Außer dem bekannten „Sommerurlaub“, den der Magistrat für die städtischen Arbeiter zur Einführung brachte (nach fünf Dienstjahren zwei Tage, nach zehn Jahren vier Tage, nach fünfzehn Jahren sechs Tage und nach zwanzig Jahren acht Tage) haben die Wärter der Gas- wie auch der Petroleumlaternen das ganze Jahr hindurch auch nicht eine Nacht frei. Sind sie einmal an der Arbeit verhindert, so müssen sie nicht nur um Urlaub bitten, sondern auch die Vertretung selbst stellen und bezahlen.

Die Laternenwärter wollen nun eine Petition an den Magistrat richten und darin bitten, eine Erhöhung der Löhne eintreten zu lassen, deren Höhe man der Festsetzung des Magistrats überlassen will. Ferner wird erlucht, vierzehntägig eine freie Nacht zu gewähren. Sodann soll eine gleichmäßigere Verteilung der einzelnen Reviere erstrebt werden. Schließlich wird noch Klage darüber geführt, daß während die Vorbesetzten (die Beleuchtungsaufsicher) Regenröcke und Sitzen erhalten und auf die Straßenbahn abmontiert sind, die Laternenwärter diese Vergünstigungen nicht genießen, obwohl sie in weit höherem Maße den Witterungseinflüssen ausgesetzt sind. Sie wünschen deshalb mindestens die Gewährung von Regenröcken. Sodann wird

um Gewährung von Alterszulagen und Anerkennung des Koalitionsrechts erlucht. Hoffentlich haben sie Erfolg mit ihren Wünschen.

Der Prinz und die Dorfchule.

Die katholische Schule in Nauborn, Kreis Warthenburg, wurde im Jahre 1904 einer häßlichen Reparatur unterzogen, zu der der Dominialbesitzer Prinz Kron von Curland die Baumaterialien im Werte von 532 Mark geliefert hatte. Der katholische Schulvorstand des Ortes berechnete jedoch die von der Herrschaft zu zahlende Beitragsquote auf 630 Mark und forderte daher von derselben den Betrag von 98 Mark in bar. Der Prinz weigerte sich jedoch, das Geld zu zahlen und ließ es auf einen Prozeß im Verwaltungsstreitverfahren ankommen. Er behauptete, das Dominium sei, wenn Schulbauten vorgenommen werden, nur zur Lieferung der benötigten Baumaterialien verpflichtet, alles übrige kümmere ihn nicht. So sei es auch durch Generationen gehandhabt worden, und somit habe sich in dieser Weise für das Dominium eine Observanz herausgebildet. Die Kosten der Reparatur habe die Gemeinde zu tragen. Der beklagte Schulvorstand räumt zwar ein, daß das Dominium bisher zu Schulbeiträgen nicht herangezogen worden ist, aber diese Unterlassung hätte auf einem Rechtsrrtum beruht, man glaube immer, die Gewerkschaft sei zur Lieferung der Materialien verpflichtet. Man sei aber jetzt dahinter gekommen, daß die Verpflichtung sich auch auf bare Schulbeiträge erstreckt, weil die katholische Schule in Nauborn eine Reglements-Schule sei und deshalb nicht die Bestimmungen des Landrats auf sie zutreffen, sondern die der Schulverfassung. Gemeinde und Dominium seien danach gleichmäßig zu den Schullasten verpflichtet. Der Kreisaußschuß stellte sich dann auf den Standpunkt des Beklagten und wies den Prinz mit der Klage ab. Gegen das abweisende Urteil legte er jedoch Berufung beim Bezirksauschuss ein und dieser gab der Klage unter Abänderung der Vorentscheidung statt. Der Bezirksauschuss vertrat die Ansicht, daß es sich im vorliegenden Falle um einen Rechtsrrtum nicht handeln könne. Durch die lange Zeit habe sich entschieden für den Kläger ein Gewohnheitsrecht herausgebildet, das die Verpflichtung auf Leistung von baren Beiträgen bei Schulbauten ausschliesse. — Mögen die Bauern also zusehen, wie sie ihre Schule erhalten, der Junker hats nicht nötig.

* **Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter.** Die hiesigen Bauhilfsarbeiter haben beklammlich für das Jahr 1905 an den Arbeitgeberbund im Baugewerbe Forderungen gestellt, die nicht nur rundweg abgelehnt worden sind, sondern der Bund beabsichtigt überhaupt nicht, wegen einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten, erst nächstes Jahr, wenn der Arbeitsvertrag mit den Verbänden der Maurer und Zimmerer abläuft, soll dies geschehen. Schon am 23. d. Mts. nahmen die Bauarbeiter zu der ablehrenden Haltung der Meister in einer stark besuchten Versammlung Stellung und in dieser Versammlung ging es etwas stürmisch her, mit aller Kraft wollte man die Ortsverwaltung zu einem Streik drängen, und nur mit Mühe gelang es derselben, den Streik hinten zu halten. Die leitenden Personen wie auch der Hauptvorstand wurden offen beschuldigt, daß sie absichtlich einer Arbeitslosigkeit vorbeugen wollten. Am Sonntag fand nun abermals eine Versammlung im Gewerkschaftshause statt, die sich ausschließlich mit der Lohnfrage beschäftigte. Saal und Galerien waren gedrängt voll. Die Zahl der Besucher darf auf über 1200 geschätzt werden. Außer der Ortsverwaltung und der Lohn-Kommission nahmen der Gauleiter Hartmann-Vorlich der neue Gauleiter für Schlesien Volkmann und Brandmann vom Hauptvorstande an derselben teil. Ueber einstimmig erklärten die Genannten, sowie die Kollegen Zanger, Machol, Lukas u. a., daß der Vorwurf einer absichtlichen Schwächung durchaus unberechtigt sei. Niemand denke daran, die Kollegen hinter sich zu führen, denn die gestellten Forderungen seien in vollem Maße gerechtfertigt. Aber bei genauer Prüfung der Sachlage sei man zu der Erkenntnis gekommen, daß der Augenblick nicht günstig sei, da die Baukonjunktur in Breslau durchaus keine günstige sei. Von den über 3000 im Baugewerbe tätigen Bau- und Erdarbeitern sind gegenwärtig erst 1772 beschäftigt. Die Zahl der Arbeitslosen sei daher eine ziemlich große, es sei somit keine Gewähr gegeben, daß der Lohnkampf mit Erfolg geführt werden könne. Bei jedem Lohnkampf müsse mit Vorbedacht geprüft werden, ob auch die Voraussetzungen vorhanden sind, die einen Sieg in Aussicht stellen. Ein Streik sei leicht in Szene gesetzt, aber keine erfolgreiche Durchführung sehr schwer. Bei der Taktik, die die Arbeitgeber den Arbeitnehmern gegenüber einzuschlagen belieben, ist sie doppelt schwer. Wenn wir uns vor Aussperrung auch nicht fürchten, so muß doch mit einer solchen Eventualität gerechnet werden und kann ein Kampf nur dann geführt werden, wenn alle Stränge so in einander laufen, daß man getroßt sagen kann, jetzt schlagen wir los, die Gelegenheit ist günstig. Das ist sie zur Zeit noch nicht. Es wurde vorgeschlagen, noch einmal an den Arbeitgeberbund heranzutreten, mit den Maurern und Zimmerern Fühlung zu nehmen, und in der Zwischenzeit eine entsprechende Taktik zu verfolgen, aus der der Ernst der Situation hervorgehen solle. Vor allen Dingen sei es aber nötig, daß die Kollegen bis auf den letzten Mann der Organisation zugeführt werden.

Der Bevollmächtigte des Maurerverbandes, Krause, legte es den Berufsgenossen nahe, dem Vorschlag gemäß zu handeln.

Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

* **Zum Malerstreik.** Nach unserer heutigen Erkundigung steht die Sache der Streikenden durchaus günstig. Die Zahl der abgereisten Kollegen ist auf 450 gestiegen. Von den bisher zu den alten Bedingungen beschäftigten gewesenen Kollegen sind im Laufe der Woche etwa 100 dem Streik beigetreten, die Zahl der Arbeitswilligen wird dem-

nach immer kleiner. Das aber das wesentliche ist, das ist die Tatsache, daß eine weitere maßgebende Firma den Tarif unterschützt im Streikbureau anerkannt hat. Die Werkstatt beschäftigt gegen dreißig Mann. Es muß konstatiert werden, daß die Maler und Anstreicher nie so fest zusammengelassen haben, wie bei dem gegenwärtigen Lohnkampf, um die Vesteigerung für die gerechte Sache, ihr festes Zusammenhalten aus ihnen den Sieg bringen. Es ist direkt unverständlich, wie die Innung unter den obwaltenden Umständen noch so harinädig auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren kann, ihre Taktik des Ausschlagens dürfte sich nicht als richtig erweisen. Dienstag wird die dritte Unterstützungsquote ausgesetzt.

* **In der chemischen Fabrik „Elexia“ in Wolfschwitz** ist der Streik ausgebrochen. Schon seit längerer Zeit belästigte die Fabrikleitung ihre Arbeiter mit „Newerjen“, wovon ja schon eine Probe in jüngster Zeit durch die „Volksmacht“ veröffentlicht wurde. Seit kurzem wollte die Fabrikleitung sogar eine eigene Organisation für ihre Arbeiter gründen und sämtliche organisierten Arbeiter sollten ihren Austritt aus ihrer Organisation erklären. Entrüstung und Empörung ergriff bei einer solchen Zumutung die Arbeiter, einstimmig beschloßen sie daher, in den Streik inzutreten. Verhandlungsversuche von Seiten der Organisation sowohl, als auch von unparteilicher Seite scheiterten an dem bekannten Herrenstandpunkt des Herrn Generaldirektors. Zugug ist fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. In Betracht kommen ungefähr 350 Arbeiter und Arbeiterinnen.

* **Der Stenographen-Verband** hielt gestern Nachmittag bei Korbidge eine Mitgliederversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Rados über die russischen Kulturverhältnisse, nahm der Kollege Dommerert das Wort, um über den Stand der Lohnbewegung zu berichten, wobei er eine Reihe von Mißständen zur Sprache brachte. So hat sich die Flusstransport-Gesellschaft nicht bereit erklärt, die von den anderen Gesellschaften gewährte monatliche Lohnerhöhung von 10 Mk. zu bewilligen. Von der Neuen Ober-Neuberei sei einzelnen Leuten das Angebotsbuch auf 10 Mk. Lohnerhöhung gemacht worden, nachher habe man gedroht, die „Sten“ zu entlassen. Es sei eventl. Pflicht der Dramatiker, die Genossenschaft zu unterstützen. Bei der Breslauer Schiffahrt-Gesellschaft sei einem Kollegen der übliche Anschlag für 3 Monate in Höhe von 12 Mk. einbehalten worden. Die Schiffahrer nehmen häufig eine sehr ungerechte Stellung gegenüber zu ihren Kollegen ein. Die Liebedienerei spiele eine erhebliche Rolle. Von der Direktion sei Abhilfe versprochen worden. Von der Frankfurter Güter-Sprecher-Gesellschaft sei zu rufen, daß sie zu ungewohnten Zeiten, wo die Schiffleute der Rufe bedürften, Gottesdienst im Speiseabhalte. Eine bessere Sonntagsruhe müsse überall durchsetzen.

Zum Schluß ermahnt Redner zur Einigkeit unter den Berufsgenossen, dann würden auch bald, je stärker die Organisation sei, größere Erfolge erzielt werden.

Waldenburg, 15. Juni. Bliet Schlag. Gestern schlug ein Blitz eines schweren Gewitters in das Restaurant auf der Kolbebaude, während ca. 100 Personen anwesend waren. Der Blitz war einer der selten vorzukommenden Fingelblitze, es zerplatzte im Saale mit lautem Knall, ohne jemanden einen Schaden zuzufügen; auch am Gebäude wurde kein erheblicher Schaden angerichtet.

Weißenstein, 14. Juni. Selbstmord. Die Maschinenverleiherin Auguste Fischer, welche schon vorige Woche einmal versucht hatte, im Scheibisch durch Ertrinken ihrem Leben ein vorzeitiges Ende zu bereiten, aber von Passanten herausgezogen worden war, wurde heute morgen entseelt in ihrem Bette aufgefunden. Sie hatte sich mittels Rasternessers in einem Anfälle von Schwermut die Kehle aufgeschnitten.

lr. Parochus, 17. Juni. Der hiesige Wahlverein ist in erfreulicher Entwicklung begriffen. Eine Schar oysterwilliger und treuer Parteigenossen betreibt hier seit einiger Zeit die Agitation und Organisation in lebhafter Weise. Unter der Zahl etwa 2000 (Eintwohner). Im Wahlverein befinden sich jetzt circa 50 Genossen, die „Volksmacht“ wird in 80 Exemplaren gelesen, ein Beweis sicher, wie sehr unsere Genossen, meistens Leberarbeiter, an der Arbeit sind. Die Mittel des Wahlvereins sind zwar noch bescheiden, wie es wohl nicht anders sein kann, aber nichtsdestoweniger können sich unsere Genossen hin und wieder einen „auswärtigen“ Redner leisten. So sprach kürzlich erst der Genosse Hermann Müller-Welt im Wahlverein. Am letzten Sonnabend fand wieder eine Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Genosse Rados-Breslau hielt einen Vortrag über: „Wieder mit den Sozialdemokraten!“ der lebhaften Beifall fand. Eine Debatte fand nicht statt, dagegen beteiligten sich die Genossen Imkau, Engel, Dahn, Bildhauer, Hoffmann sehr eifrig an der Aussprache über die Ausbreitung der Volksmacht, die Vergrößerung des Wahlvereins, die Gründung einer Bibliothek und die Abhaltung eines Parteifestes. Eine Hausagitation für die „Volksmacht“ soll demnächst stattfinden und die anderen Punkte sollen in Erwägung gezogen werden.

Was der Provinz Posen.

Schwerin a. P., 19. Juni. Ein Mordversuch in der hiesigen katholischen Kirche wurde dieser Tage auf den zelebrierenden Stefan Hannemann verübt, indem ein Arbeiter einen Schuß auf ihn abgab, der aber fehlging. Der Arbeiter wurde verhaftet.

Bromberg, 16. Juni. Wegen Uebertretung des Invalidenversicherungsgesetzes wurde ein Kaufmann zu sechs Wochen Haft verurteilt. Er hatte falsche Marken geklebt. Seine Entschuldigun, er habe sich im Irrtum befunden, wurde nicht als stichhaltig angesehen. Der Verurteilte muß auch die nicht unbedeutlichen Kosten des Verfahrens tragen; allein ein Zeuge aus Berlin erhielt 85 Mark Reisefrasen.

Bromberg, 18. Juni. Eingekürzt ist am Ende voriger Woche ein Teil eines dreistöckigen Neubaus in der Frankensstraße. Der Bau, der von dem Bauunternehmer Hiebert anfaßte, wurde, war schon unter Dach und sollte zum Herbst bezogen werden. Menschen sind bei dem Einsturz nicht zu Schaden gekommen.

In der Kartell-Sitzung am 16. d. M. beschäftigte man sich zunächst mit der Zigarettenarbeiterinnen-Bewegung in Dresden. Nach einer längeren Debatte wurde beschloßen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die hiesigen Arbeiter von den Genossen der Bewegung unterrichtet werden sollen. Ferner sollen die Firmen, die ihren Arbeiterinnen das Koalitionsrecht nehmen und die bescheidenen Wünsche nicht erfüllen wollen, bekannt gegeben werden mit dem Ertrichen, um von diesen Firmen hergestellten Zigaretten nicht zu kaufen. Zum Punkt „Agitation“ teilte der Vorsitzende mit, daß am 26. Juni eine Maler-Versammlung stattfindet. Nicht vertreten waren: Bildbauer, Musiker, Holzarbeiter, Töpfer und Zimmerer.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

18. u. 19. Juni.	Am. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 19,5	+ 17,5	+ 18,9
Aufstond bei 90 (mm)	741,4	743,1	746,6
Dunstdruck (mm)	14,4	13,0	12,2
Dunstfähigkeit (pCt.)	86	87	75
Wind (0-12)	WS	WS	WS
Weiter	bedekt.	am. heiter.	wolkig.

Neueste Nachrichten.

Die Umzingelung der Russen.

Der Petersburger Telegrammen-Agentur wird aus Odessa am 17. Juni gemeldet: Gestern bestand eine der russischen Abteilungen einen Kampf von 8 Uhr Nachts bis 4 Uhr Morgens. Die russischen Truppen erwarteten den Vormarsch des Gegners, der mit starker Infanterie und zwei Batterien auf Plaojanowpoin vorrückte, drei Kilometer von diesem Dorfe entfernt; die russische Artillerie zwang die Japaner, sich um 6 Uhr Morgens auf der ganzen Linie zurückzuziehen.

Gleichzeitig zeigte sich, daß 1 Bataillon, 3 Schwadronen und eine Batterie der Japaner die russische linke Flanke bei Dauljaha umgingen hatten. Die Batterie eröffnete das Feuer direkt gegen die Flanke der russischen Stellung, wurde aber von der russischen Artillerie bald zum Schweigen gebracht.

Um 8 Uhr morgens wurde auch eine Umgehung des rechten russischen Flügels durch ein Regiment Infanterie, 20 Schwadronen und Artillerie bemerkt. Der rechte Flügel der russischen Abteilung mußte sich von Plaojanowpoin aus seinen Stellungen zurückziehen, um einen Reiterangriff vorzubereiten. Während die russische Abteilung eine kurze Rast auf den Höhen nordwestlich von Plaojanowpoin hielt, beobachtete der Führer das Anrücken einer starken Infanteriekolonnen auf diese Front. Die russischen Verluste betraffen sich nur auf sechs Verwundete.

Mehelien in Transkaukasien.

Aus Tiflis wird gemeldet: Die nach Manuchar geschickten Armeen verteidigten sich drei Tage lang gegen tausende von Kurden und Tartaren. Russische Soldaten griffen sodann die Belagerer an, töteten 150 und machten 88 Gefangene. In einem Zusammenstoß in der Nähe der türkischen Grenze bei Ust-Jabur zwischen Russen und Kurden wurden 15 russische Soldaten und ein Offizier getötet.

Die Bewegung unter den Mohammedanern nimmt einen bedrohlichen Charakter an.

Eine Schlappe der Deutschen in Südwesafrika.

Die Sottentotten unter Abraham Morris nahmen, nach einer Kapitulation, am 2. d. M. Warmbad, verlassen sich in den dortigen Käden mit Munition und setzten Gefangene, darunter Johann Christian den Älteren, in Freiheit. Die deutschen Offiziere sind entkommen. Die Sottentotten neckten den Deutschen wieder und nahmen noch an demselben Tage Kalkfontein, wo sie sich in den Besitz von Vieh, Vieh- und Vorräten setzten. Es geht das Gerücht, Morengo beabsichtige, den deutschen Truppen bei Biehoort entgegenzutreten, um die bisherigen Niederlagen zu rächen.

Vermischtes.

Explosion in einer spanischen Artilleriekaserne. In der inneren der Zitadelle von Pamplona belegenen Kaserne eines Artillerieregiments waren gestern Vormittags mehrere Artilleristen mit Schießübungen beschäftigt, wobei einer der Soldaten verbotenerweise eine Zigarre rauchte. Als ein Offizier hinzutrat, wollte der Artillerist die Zigarre in einer 15 Zentimeter-Granate verbergen. Es erfolgte ein furchtbarer Knall und sieben Mann lagen verwundet und der, der die Zigarre verborgen hatte, tot am Boden. Vier weitere Granaten plagierte; wie durch ein Wunder wurde das nahe Pulvermagazin und die ganze Zitadelle vor dem Anschlag bewahrt.

5000 Mark Belohnung. Im vorigen Sommer ward ein Schlächtermeister M. beizuhilft, zwei Schweinehälften, die einem Gerichtsdiener gehörten, heimlich geschafft zu haben. Das Gericht erkannte auf Grund der Zeugenaussagen zweier früher bei dem Angeklagten in die gewöhnlichen Geschäften auf schuldig und verurteilte den Angeklagten M. zu einer Gefängnisstrafe, die er verbüßt hat. M. betreibt nun das Wiederannahmeverfahren und hat 5000 Mark ausgesetzt für den Nachweis, wo die zwei halben Schweine geblieben sind. Das Geld ist bei einer Berliner Bank hinterlegt.

Die Ost-Nacht. Dünun kurzem will Santos-Dumont mit seiner „Lust-Nacht“ seine erste Reise von Paris aus machen. Der phantastische Erfinder selbst gibt eine genaue Beschreibung: „Die Hülle meiner Lust-Nacht wird jetzt genäht. Die Kapsel ist schon gemacht, Röhre und Kondensator werden gebaut, der Motor ist bestellt, die Propeller sind fertig. In seiner äusseren Form wird das Boot sich von allen bis jetzt gebauten Luftschiffen unterscheiden. Unter einem silbernen Ballon hängt an Stelle des Korbes ein Art kleines Haus mit einem Ballonfenster, das die halbe Länge jeder Seite ein-

nimmt. Dieses Fenster zeigt die Lage der Kapsel an, die nötigenfalls gehiebt werden kann. Da das „fliegende Haus“ mehrere Tage in der Luft bleiben muß, ist selbst in mäßiger Höhe ein Schutz gegen Kälte sehr wichtig. Die Seiten der Kapsel müssen undurchlässig gebaut sein, so daß die Wärme sich im Innern hält. Sie werden ein Fachwerk aus Nichtenholz, Aluminium und Klavierstahl erhalten; das ganze wird dann mit mehreren Schichten verfließender Ballonseide bedeckt. Zwei Feldbetten werden darin aufgeschlagen. Wir werden beobachten, wie der Himmel sich mit Sternchen bedeckt. Wir werden zwischen den Sternen und der Erde hängen bleiben. Wir werden Grenzen überschreiten. Jetzt schweben wir über Rußland, in einem Bogen kehren wir über Ungarn und Oesterreich zurück. Dort liegt Wien, vielleicht trägt uns eine Strömung nach Belgrad, dieser Wind trägt uns nach Konstantinopel! Wir haben Zeit und wir sind immer in der Lage, nach Paris zurückzufahren.“

Arbeiter! Parteigenossen!

In diesen Tagen werden die ersten Steuerzettel von den Steuerboten ins Haus gebracht. Wir richten deshalb an Euch die dringende Mahnung, sofort zu reklamieren, wenn Ihr mit

weniger als 1.36 Mk. vierteljährlich

veranlagt seid. Wer mindestens 1.36 Mk. vierteljährlich Steuer zahlt, der besitzt das Wahlrecht zur Stadtverordneten-Versammlung. Wer weniger oder garnicht zahlt, der muß das Wahlrecht sofort erwerben, indem er mit dem ersten Steuerzettel sich aufs Arbeiter-Sekretariat be gibt, um die Reklamation anzufertigen zu lassen.

Arbeiter! Parteigenossen! Wer im nächsten Jahre mitwählen will, der muß schon in diesem Jahre mindestens 1.36 Mk. Steuern zahlen!

Sichert Euch das Gemeindevahlrecht!

Das Gewerkschaftsblatt. Der Sozialdemokratische Verein.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Freie Turnerschaft Breslau.

Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8-10 Uhr, in der städtischen Schulküche, Waterloostraße. — 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8-10 Uhr in der städtischen Schulküche, Postenstraße. — 3. Abteilung (Turnerinnen): Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8 1/2-10 Uhr, in der städtischen Schulküche, Waterloostraße.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Weslerstraße 18/19.

Sprechst. v. 11-1 u. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Kassierer: Karl Fischel, Grünstraße 14/16.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 19. Juni:

Schlebe-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends 8 Uhr: Jahrlabend. Zimmer Nr. 1.

Dienstag, den 20. Juni:

Solzarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Glafer. Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 5.

„Unser täglich Brot gib uns heute!“ Referent: Gen. A. Kühn.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Verwaltung.

Mittwoch, den 21. Juni:

Maurer. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräßener Vorstadt).

Bezirk 1, 3 und 4. Mittwoch, den 21. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahrlabend. Das Erscheinen aller Mitglieder gewünscht.

Bezirk 2. Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft und Jahrlabend.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 12. An Stelle des Genossen Richard Körmel ist Genosse August Böhm, Eisenbrecher, Silberstraße 26, III., als Bezirksführer gewählt worden.

Bezirk 13. Donnerstag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft, Jahrlabend, Besprechung über einen Ausfall. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Bezirksführer.

Bezirk 14. Mittwoch, den 21. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahrlabend.

Bezirk 15 und 25. Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr: Jahrlabend. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Bezirk 17 (umfassend Andersenstraße 1-23 und 2-22).

Freitag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft, Jahrlabend und Neuwahl eines Bezirksführers. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Bezirk 17 a. Donnerstag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahrlabend im neuen Lokal.

Bezirk 19. Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahrlabend. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Distrikt III (Obervorstadt).

Mittwoch, den 21. Juni, Abends 6 1/2 Uhr an im Distriktslokal: Abholung des Materials zur „Volkswacht-Agitation“. Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht dringend.

Distrikt IX (Gabi) (umfassend die Bezirke 91, 92, 93, 94, 95, 96.)

Bezirk 91. Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Freiburg. Männer-Gesangverein „Vorwärts“. Sonnabend, den 24. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Striegau. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“. Jeden Dienstag und Donnerstag, von Abends 8 Uhr an: Turnen in der „Bierquelle“. Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen.

Oslan. „Freie Turnerschaft“. Jeden Dienstag und Freitag, Abends 8 Uhr, Turnstunden im Gasthof „zum grünen Baum“ in Baumgarten. Freunde der Turnerei sind stets willkommen.

Siegnitz. Arbeiter-Gesangverein „Sängertrupp“. Jeder Mittwoch Abends: Übungsstunde im Gewerkschaftshaus und Aufnahme neuer Mitglieder.

Oslan. Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Übungsabend bei Händel in Baumgarten.

Freiburg. „Freie Turnerschaft“. Jeden Dienstag und Freitag: Turnabend. Um regelmäßige Beteiligung auch der „Älteren Herren-Riege“ ersucht.

Schweidnitz. Freie Turnerschaft. Turnabende jeden Dienstag und Freitag, Abends 8 Uhr. Freunde der Turnerei sind stets willkommen.

Siegnitz. Gewerkschaftsblatt. Mittwoch, den 21. Juni, 8 1/2 Uhr: Sitzung in der Andreaschule zu Grombendorf.

Bromberg. Versammlungslokal: Kopke, Thorerstr. 31.

Öffentliche Zimmerer-Versammlung am Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr.

Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am Dienstag, den 20. Juni, Abends 7 1/2 Uhr. Referent: A. Barthel-Danzig.

Freiburg. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Gesangsstunde im Gasthof „zur Germania“ in Polzitz. Aufnahme neuer Mitglieder.

Mittweyer. Arbeiter-Gesangverein „Freie Sänger“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Gesangsstunde im Gasthof zum Schwarzen Adler. Freunde des Gesanges herzlich willkommen und finden Ausnahmen in jeder Singstunde statt.

Landeshut. „Freie Turnerschaft“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Turnstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Goldberg. Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Übungsstunde im Gasthof „Zum neuen Hause“. Aufnahme neuer Mitglieder.

Bunzlau. Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts“. Jeden Dienstag: Singstunde in der „Foschung“, Schloßstraße 10. Mitglieder werden dort aufgenommen.

Schweidnitz. Wahlvereins-Versammlung. Mittwoch, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, in der Saalstraße des „Feldgarten“. Tagesordnung: 1. Berichtserstattung über die stattgefundenen Landtagsarbeiten; 2. Beschlußfassung über ein Gartenfest; 3. Anträge und Verschiedenes. Genossen, erscheint zahlreich!

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinziales“ und die Inserate: Franz Mühs; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“ Paul Böbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schüss; — Druck von Th. Schätz G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Dieran 1 Beilage.

Sommer-Theater (Liebhaber-Etablissement). Montag und Dienstag: **Villa Benckendorf.** Schwan in 8 Akten von Rich. Jaeger.

färberei und Reinigung G. Hamer, nur Taubenstraße 52 und Erwaldstraße 6. reinigt zu nachstehenden Preisen: Damen-Kleid von 2.25 an, ...

Achtung Holzarbeiter! wie Tischler, Drechsler, Knopfabriker, Maschinenarbeiter, Stellmacher und Borkarbeiter. Dienstag, den 20. Juni 1905, abends punkt 8 Uhr im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstr. 17: **Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.**

5 Bfg.-Sumatra-Zigarren prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack 100 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk. empfiehlt gegen Nachnahme 722 **Zigarren-Fabrik E. Lampke.** Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Rossplatz 11. am Oderthorbahnhof.

Buchführung für Handwerker, Kaufleute und Industrielle. Stenographie, Schreibmaschine (32 Schreibmaschinen), Rechnere, fremde Sprachen. — Gesamthonorar 15.— Mk. monatlich. Unterrichts-Dauer von 1 Monat ab. Eintritt täglich. Stellenachweise kostenfrei. Damen separat. Prospekte gratis. Erfolg garantiert. **Bäcker Handels-Schule, Breslau, Herrenstraße Nr. 6.** **Wichtig für jede Dame.** Den 1. Juli beginnt, wie alljährlich einmal, der Kursus für **Schnittzeichnen und Zuschneiden** zu ermäßigten Preisen. Der Unterricht umfaßt das **Zeichnen, Schneiden, Waschen, Nähen, Schleifen, Reformkleidern**, sowie das **Zeichnen nach Journalen.** Jede Schülerin hat das Recht den Unterricht solange zu besuchen, bis sie vollkommen sicher ist. **Sonnt. 25 Mart.** **Marie Sonnet,** 4 Klosterstraße 4. **Für Brautleute!** Wenig gebrauchte Möbel billig u. dankl. bez. 1000 g. wert. Friedrichstr. 61, Weber-

Prämiiert mit nur goldenen Medaillen. **Konfektions-Ebüsten,** Kleiderbügel etc. etc. **H. Goerth Hof., Breslau I,** 62 Nikolaistrasse 62. **Stamm-Seidel, Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel,** in grosser Auswahl empfiehlt **Otto Miksch,** 560 Kupferschmieda-Strasse 47. **Feuerversicherung** sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744 **Ernst Zahn,** Ritterplatz 5, III.

Die Entwicklung der Genossenschaften.

Als sich im Jahre 1844 in Rochdale (England) einige Duzend armer Leineweber zu dem Zwecke zusammenschlossen, unter Ausschluß des Zwischenhandels ihre Waren gemeinsam zu beziehen, um sie billiger zu erhalten, da ahnten sie wohl nicht, von welcher unermesslichen Bedeutung ihr Werk für die künftige Menschheit sein werde. Gewiß war planmäßige Ueberlegung dabei, als sie ihre genossenschaftlichen Ideen in die Wirklichkeit umsetzten, aber die Tragweite haben die armen Weber nicht überschauen können. Die Not macht — wie ein altes Sprichwort sagt — erfindertisch und die Gebar denn auch vor allem den Gedanken, daß sich die Konsumenten zusammenschließen müßten um durch Ausschaltung des Zwischenhandels die notwendigsten und wichtigsten Lebensmittel billiger zu beziehen, wobei selbstverständlich auch die Qualität der Waren gut sein müsse. Die Art und das Tempo der genossenschaftlichen Entwicklung ist natürlich je nach der Kulturstufe eines jeden Landes verschieden verlaufen.

In dem Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1904, der soeben erschienen, werden in übersichtlicher Weise die Grundlinien der genossenschaftlichen Entwicklung in England, Dänemark und Deutschland gezeichnet. In England begann mit der Tätigkeit der Rochdaler Pioniere die Winterperiode der Genossenschaftsbewegung. Sie kann sich nur stützen auf die industrielle Lohnarbeiterschaft und die Beamtenchaft. Von allen Arten ist in England die Konsumgenossenschaft die herrschende geworden. Es gab 1903 dort 1481 Konsumgenossenschaften mit 1.987.768 Mitgliedern bei einem Anteilskapital von 2.217.134 Pfd. Sterling, einem Umsatz von 57.512.917 Pfd. Sterling und einem Gewinn von 8.993.562 Pfd. Sterling. Außerdem kommen noch ca. 300 andere Arten Genossenschaften hinzu. Wie sicher die englischen Genossenschaften fundiert sind, geht daraus hervor, daß die Produktion aufgebaut ist auf der Grundlage des organisierten Konsums und von diesem getragen wird, d. h. nur dort sind und werden Konsumgenossenschaften ins Leben gerufen, wo für die Produktion ein festes Absatzgebiet geschaffen ist. Bei unserem Namen müssen wir es uns leider versagen, auf die kreditgenossenschaftliche Entwicklung, das Versicherungswesen, die Beamtenkonsum- und Baugenossenschaften einzugehen. Erwähnung verdient dagegen die Tatsache, daß zwischen der englischen Konsumenten-Genossenschaftsbewegung und der dortigen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung ein freundschaftliches Verhältnis besteht. Von außerordentlicher Bedeutung ist ferner, daß zwischen England und Dänemark ein auf wirtschaftlichen Grundrissen beruhendes Austauschverhältnis besteht. Im Jahresbericht heißt es diesbezüglich: „Die Konsumgenossenschaften reiner Industrieländer sind gewungen, ihre Ergänzung zum Teil in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung anderer Länder zu suchen.“

Da England nun ein fast reines Industrieland, Dänemark aber ein hervorragend landwirtschaftliches Land mit großer Viehzucht ist, muß dieses Verhältnis als ein ganz natürliches bezeichnet werden, zumal die geographische Lage den gegenseitigen Verkehr sehr erleichtert. Aus den letzten Bemerkungen könnte man schon schließen, daß in Dänemark das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu einer großen Höhe gediehen ist. Schwer hat es allerdings um seine Durchführung kämpfen müssen, da ihm auf allen Seiten Schwierigkeiten bereitet wurden. Es ist wunderbar: Erst aus einer der schlimmsten Krisen, die die dänische Landwirtschaft traf, war die Genossenschaft deren Retterin

und zugleich Siegerin über alle Widerstände! Das war in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. In Dänemark wurden Molkereien, Schlächtereien, Eier-Genossenschaften gegründet und Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging die des Konsumvereinswesens mit anschließenden Großeinkaufvereinbarungen, die gewissermaßen den Centralpunkt aller Genossenschaften bilden. 1900 wurden in Dänemark 601 Konsumvereine gezählt, der jährliche Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft betrug 11 Millionen Kronen. 1904 zählte sie bereits 951 Konsumvereine zu ihren Mitgliedern und erreichte einen Umsatz von 22 Millionen Kronen, einen Reingewinn von 1 Million Kronen. Neben der dänischen Großeinkaufsgesellschaft besteht noch eine Anzahl von Einkaufsvereinigungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, sowie Butterverkaufsvereinigungen zc., die einen sehr starken Umsatz haben. Nach den statistischen Zahlen kann gesagt werden, daß die weit überwiegende Zahl der dänischen Familien der Landwirtschaft genossenschaftlich organisiert sind.

Je tiefer sich der genossenschaftliche Gedanke in die Landbevölkerung einpflanzte, desto sicherer konnten die Dänen auch den Weg der Eigenproduktion beschreiten, der von guten Folgen begleitet war.

So beherrschten die Genossenschaften den ganzen Kolonialhandel. (Kaffee, Schokolade, Bonbon, Kaffee, Tabak, Saatgut, Samen.)

Auch in Bezug auf Manufaktur, Schuhwaren, Hausstandsartikel zc. begannen sich die dänischen Genossenschaften unabhängig zu machen.

In der dänischen Arbeitererschaft hat der genossenschaftliche Gedanke bisher keine tieferen Wurzeln gefaßt, aber doch kann man die Anzeichen deutlich erkennen, daß die Dämmerung mehr und mehr schwindet. Es steht zu hoffen, daß auch hier die Idee siegreich werden wird.

In Deutschland war es der vielangekündete aber auch mit Anerkennung genannte Schulze-Delitsch, der um 1850 das genossenschaftliche Samenorn pflanzte. Er hatte einen schwierigen Boden zu beackern, da die Industrie sich noch in ihren Keimen befand, Großgrundbesitzer, Handwerker und Bauer gaben damals Deutschland sein Gepräge, wenn auch die Spuren der Auflösung in der Wirtschaftseinheit zwischen Stadt und Land immer schärfer hervortraten. Der Handwerker und Bauer geriet gegenüber der wachsenden Großindustrie in eine immer bedrängtere Lage.

Um nicht von Haus und Hof gelagt zu werden, mußte ein neuer rettender Faktor ins Leben treten, der ihn seinen Nöten entriß. Es kamen die Kreditgenossenschaften. Während 1859 80 solcher berichteten mit 118.676 Mitgliedern und einem gewährten Gesamtkredit von 12.394.808 Mark, stieg die Zahl in 1903 auf 911 Kreditgenossenschaften mit 542.108 Mitgliedern und einem Gesamtkredit von 2.492.187.448 Mk. Schulze-Delitsch empfahl ferner den Handwerker „ein ganzes genossenschaftliches System von Einkaufs-, Werk-, Magazin- und Verkaufsgenossenschaften. Als Krönung des Geländes bezeichnet er die Produktivgenossenschaft, unter welcher er eine Art Unternehmer-Produktivgenossenschaft der selbständigen Handwerker verstand.“ Aber sein Werk brachte nur zum kleinen Teile dem Handwerker die Rettung. Entweder letzterer wurde in der grandiosen wirtschaftlich-industriellen Epoche zerrieben oder aber er verstand es durch Energie, Intelligenz und Weitsichtigkeit, sich selbst zum Kapitalisten emporzuarbeiten. Es muß hinzugefügt werden, daß das, was Schulze-Delitsch mit seinen Genossenschaften beabsichtigte — nämlich die Erhaltung des Handwerks — schließlich doch nicht geschah. Die Kreditgenossenschaftsbewegung gewann einen immer mehr

kapitalistischen Charakter — was kein Segen für das Handwerk und den Bauern sein konnte.

Der von Schulze-Delitsch gegründete landwirtschaftliche Reichsverband zählte 1903 6097 Kreditgenossenschaften mit 508.069 Mitgliedern und hatte einen Umsatz von 1368 Mill. Mark.

Der Verfasser des Berichts, Hermann Kaufmann, zieht aus der bisherigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften den beachtenswerten Schluß, daß die Zwischenhändler nicht nur ausgeschaltet werden, sondern dadurch die Landwirtschaft auch zu größerer Wohlhabenheit gelangt. Kaufmann bemerkt weiter, daß auch in Deutschland die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung dieselbe Höhe und Intensität erreichen und dieselben Erfolge erzielen wird wie in Dänemark.

Die Geschichte der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland ist jüngerer Datums. 1860 gab es nach einer Zählung 14, 1867 waren in Berlin allerdings schon 20 Konsumvereine vorhanden. Von 1860—65 sind mehrere hundert Konsumvereine errichtet worden. Mitte der 70er Jahre trat eine rückläufige Bewegung ein. Die Industrie trat immer stärker auf und das Handwerk konnte die Bewegung nicht mehr tragen. Die wirtschaftlichen Revolutionen in der Industrie schufen eine andere und mächtige Arbeitermasse, die nun auf den Schauplatz trat als Produzenten- und Konsumenten: das industrielle Proletariat. In dem Maße, wie sich der parasitische Zwischenhändler an ihn drängte und einen Teil seines sauren Verdienstes in seine Taschen fließen ließ, die Lebensmittel usw. verteuerte, wuchs in dem Industriearbeiter das Bedürfnis, seinen Konsum selbst in die Hand zu nehmen. In Sachsen schritten die Arbeiter in den 80er Jahren zuerst zur Tat. Neben der Gründung von Konsumgenossenschaften wurde eine Großeinkaufsgesellschaft errichtet und die Eigenproduktion für den organisierten Konsum gefördert. Wie in Sachsen so drang auch im übrigen Deutschland der genossenschaftliche Gedanke in die breiten Massen. Die Konsumgenossenschaftliche Produktion beschränkt sich in der Hauptsache auf die Herstellung von Brot. Auch Kaffee- und Tabakfabrikation wird eifrig betrieben. Dagegen ist das wichtige Gebiet der eigenen Schlächtereien noch im Entwicklungsstadium.

Der Warenbezug der Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher landwirtschaftlichen Genossenschaften war ein großer. Es muß die einfache Tatsache an dieser Stelle genügen. Der Bericht erhofft auch von der Zukunft ein verständiges Handinhandarbeiten zwischen beiden Arten von Genossenschaften.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat sich seit dem Jahre 1902 besonders rapide entwickelt, in demselben Jahre, wo der kurzfristige Gewaltpolitiker und Freikinnsmann Richterscher Güte Dr. Crüger auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach die Spaltung heraufbeschwor. Ende 1904 gehörten dem Zentralverband 760 einzelne Vereine an (die Zahl ist unterdessen auf 800 gestiegen, die insgesamt 649.588 Mitglieder hatten. Das ist eine Steigerung der Mitgliederzahl des Zentralverbandes um 74.139 gegen das Vorjahr. Die Zahl der beschäftigten Personen ist von 7021 auf 8281 gestiegen. Der Gesamtumsatz erhöhte sich von 176.456,54 auf 202.646.189 Mk. In eigener Produktion wurden für 17.093.086 Mk. Waren hergestellt. Das eigene Kapital erfuhr eine Steigerung von circa 17 1/2 Millionen Mark auf 19 1/2 Millionen Mark. Der Reingewinn betrug 16 1/2 Millionen Mk., wovon 14.914.000 Mk. an die Mitglieder zurückvergütet wurden. — Interessant ist eine Statistik über die Veruse der Mitglieder, die sich auf rund 500.000 Personen erstreckt. Danach entfallen auf:

Eine sozialistische Urkunde.

Bei der Grundsteinlegung für das neuerrichtete Leipziger Volkshaus, welches einem Umbau unterzogen wird, wurde die folgende Urkunde eingemauert, die den kommenden Geschlechtern ein Miniaturbild über die Kämpfe unserer Tage geben soll:

Nachdem im Jahre 1890 der Blut- und Eisenpolitiker Bismarck samt seiner Schöpfung, dem „Ausnahmegesetz gegen die Unruhbekämpfungen der Sozialdemokratie“ vom Geschiebte, von der Bildung des öffentlichen Lebens verschwand, konnte die Arbeiterbewegung Deutschlands sich einigermaßen wieder freier entfalten. Die politische Organisation, die nur ein moralisches, aber um so festeres Band umschlang, gab sich auf dem Parteitag in Halle wiederum ein äußerliches Gesicht. Aber auch die Gewerkschaften schlossen sich, wo nur irgend möglich, zu Zentralverbänden zusammen. In Leipzig wurde das Gewerkschaftskartell geschaffen, und bereits zu dieser Zeit wurde das Verlangen laut nach einem eigenen Heim. Die Verweigerung der Hergebe von Verammlungsräumen seitens der von der Bourgeoisie, Polizei und Militärbehörden eingeschüchterten Sozialisten hatte dieses Verlangen zeitlich. Auch das Derbergsteigen forderte dringend eine Regelung. Es mußte unter allen Umständen danach getrachtet werden, junge reisende Handwerker dem Einflusse gegnerischer und wucherischer Elemente zu entziehen. Aber erst 14 Jahre später hatte sich das Projekt soweit verwickelt, daß eine kleine Anzahl energischer vertrauenswürdiger Vertreter von Gewerkschaften, namentlich solcher der Maurer, der Schneider und Holzarbeiter seiner Ausführung näher treten konnten. Das verfloßene Jahrhundert, das von seinen Lobrednern so gern bombastisch das „fortschrittliche“ genannt wird, hatte, gleich dem gegenwärtigen, bis auf den heutigen Tag den Gewerkschaften keinerlei Rechte zubilligt. Darum bildeten die erwähnten Vertrauensleute, gemeinsam mit einer Anzahl Vertreter fast sämtlicher namhafter, dem Kartell angeschlossener Gewerkschaften mit beschränkter Haltung in Leipzig. In der Generalversammlung vom 18. Mai 1904 wurde der Gesellschaftsvertrag beschlossen. Als erster Geschäftsführer wurde der sozialdemokratische Bahnhüter Richard Weber gewählt. Den Aufsichtsrat bildeten die Herren Gustav Jakob, Paul Ehrlich, Franz Reinsdorf, August Dietmann, Franz Semlin, Hieronymus Dornth. Die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die ihre Vertreter in die Gesellschaft Volkshaus sandten, betrug laut der vom Arbeitersekretariat soeben zusammengefaßten „Uebersicht des Mitgliederstandes und der Vermögensverhältnisse der Gewerkschaften in Leipzig im Jahre 1904“ circa 36.000. Am 1. Januar 1905 hatte sie bereits die Höhe von 42.623 erreicht. Die politischen Organisationen zählten

im 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt) 1681, im 13. Wahlkreis (Leipzig-Land) 11.743 Mitglieder. Die Hauptaufgabe war namentlich die Auffindung eines geeigneten Grundstücks für das Volkshaus. Nach allseitiger reiflicher Erwägung schritt man zum Ankauf des an der Reiger Straße gelegenen bekannten öffentlichen Vergnügungs-Etablissements „Tivoli“. Der dafür gezahlte Kaufpreis betrug, inklusive 40.000 Mark für Inventar, 560.000 Mark. Erbkau und der Arbeiterchaft übergeben wurde der Wirtschaftsbetrieb des nunmehr Volkshaus genannten Lokales am 15. Oktober 1904. Die Teilnahme und Begeisterung an diesem Tage, dem sich ein vergnügter Abend angeschlossen, war eine gewaltige. Die geplanten Konzerte- und Gesangsaufführungen mußten zwar ausfallen, und auch der die Uebergabe vollziehende Festredner, Genosse Dietmann, mußte seine Worte beschränken, weil plötzlich Landesranger eingetreten war. Aber sonst war die Stimmung „ganz famos“.

Um aber dem eigentlichen Zweck und den Absichten des Lokals als eines Arbeiterheimes besser dienen zu können, wurde sofort der Um- und Neubau ins Auge gefaßt. Baupläne wurden entworfen, sorgsam geprüft und nachdem sie von der Behörde genehmigt waren, wurde sofort mit dem Niederlegen eines Teiles der Lokalitäten begonnen. Der erste Spatenstich für die Grundlegung des neuen wichtigen Baues wurde am 5. Mai 1905 vollzogen; am 14. Juni folgte die Grundsteinlegung. Zur Teilnahme an diesem Akt waren eingeladen und erschienen die Vorstände sämtlicher zurzeit hier bestehenden politischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen, die Vertreter der Volkspresse und die Gesellschaft. Die Leitung des Baues, der von der Arbeiterchaft in eigener Regie aufgeführt wird, übertrug man dem Baumeister Architekt Oskar Schabbe. Dieser hat auch die Baupläne entworfen. Ihm zur Seite stand als Maurerpolier der Genosse Karl Raschmann. Die an die Maurer und Zimmerer gezahlten Löhne betragen pro Stunde 60 Pf. bei täglich neunstündiger Arbeitszeit. Erbauer usw. erhielten 50 Pf. pro Stunde. Die Beträge repräsentieren die höchsten in diesen Gewerkschaften zurzeit gezahlten üblichen Löhne. Der Kostenschlag für den Gesamtbau, die sogenannte Bausumme, betrug 400.000 Mk. Die Arbeiterchaft verfolgt mit Stolz das Werden ihres Hauses. Die vielen Tausende, die im Jahre 1903 den sozialdemokratischen Veteranen Julius Rotteler in den Reichstag sandten — zum großen Verdruß der bestreuten Bourgeoisie — sind alle im Geiste bei der heutigen Grundsteinlegung anwesend, sie sind es ohne die bitteren Gefühle, die die Teilnehmer einer unzulänglich vorgenommenen schallenden Handlung erfüllten und deren ausdrückliche Festlegung für kommende Geschlechter sie nicht entlassen konnten. Mit ihrer Volkspresse, dieser kräftigen Waffe, die heut in 37.000 Exemplaren in eigener Druckerei hergestellt wird, mit ihrem Heim, mit dem und von dem aus sie die bevorstehenden Kämpfe wagen und wagen werden, gehört ihnen die Zukunft trotz alledem!

Denn, die Ihr einstens werdet die Fesseln lösen, Ihr werdet Bezagen sein von einer großen Zeit. Die glänzend überwinden hat die Macht des Bösen, Die heute über uns noch lagert schwer und breit. Ihr werdet um Euch bilden auf ein neu Geschlecht, Getragen von der Freiheit, Gleichheit und vom Recht!

Aus aller Welt.

Von der Flut überrascht wurden dieser Tage zwei Kurhaverer (Hamburg) zwischen der Kugelballe und Dühren ins Watt, um Krabben zu fischen. Dieser Zeitpunkt war viel zu spät, denn in jener Gegend war die Flut schon vor 11 1/2 Uhr zu erwarten, so daß also die Krabbenfischer gar nicht mehr weit ins Watt hineingehen durften. Das haben sie aber aufsehend doch getan und sind infolgedessen von der Flut überascht worden, denn sie sind nicht mehr zurückgekehrt. Die Leichen sind noch nicht gefunden. Der eine hinterläßt eine Frau und drei unmündige Kinder, der andere wird von fünf erwachsenen Kindern betrauert.

Zu einem ähnlichen Unglück wäre es bei der Kugelballe gekommen. Als die Flut kam, sah man plötzlich, daß ein Mann mit zwei Kindern weit draußen im Watt vom Wasser abgeschnitten auf einer Sandbank stand und, während das Wasser immer höher stieg, Notgeschrei machte und verzweifelt um Hilfe rief. Mehrmals machte der Mann den Versuch, das Priel mit den Kindern auf dem Rücken zu durchschwimmen, aber immer wieder mußte er zurück zu seinem Zufluchtsort, an dem herauf das Wasser immer tiefer lief. Vom Lande aus machten sich beherzte Männer auf, um den Bedroheten noch Rettung zu bringen. Schließlich gelangten der Zimmermann Carlens und der Arbeiter Weglicher, beide bis an die Brust im Wasser waten, dicht an den Wasserlauf heran, der die Gefährdeten umschloß. Nun nahm der Vater der beiden 9 und 11 Jahre alten Kinder, das eine auf den Rücken und wachte durch das einige Meter breite Priel, wobei ihm das Wasser bis ans Kinn stand und gelangte so zu den jenseits lebenden Rettern, die ihn das Kind abnahmen. Dann kehrte er zurück zu dem zweiten Kinde, nahm dieses auf den Rücken und erreichte auch mit ihm schwimmend — das Wasser war inzwischen so gehoben, daß er es nicht mehr durchwaten konnte — glücklich die Retter. Die ganze aufregende Szene spielte sich vor den Augen der zahllosen Zuschauer ab, die den braven Rettern lauten Beifall gollten.

15.000 Mark unterschlagen. Wein und Weib haben den in einem Warenhause in Berlin angehaltenen Buchhalter Jakob Eymann ins Verderben geführt. Wegen Unterschlagung von über 15.000 Mk. war E. vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I dort angeklagt. Einen großen Teil des unterschlagenen Geldes ver-

